

a. Titel

Politikperformanz autokratischer und demokratischer Regime.

b. Tragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Kollegs

<i>Name</i>	<i>Anschrift</i>	<i>Telefon/Email</i>	<i>Fach</i>
Prof. Dr. Aurel Croissant	Institut für Politische Wissenschaft Bergheimer Straße 58 69115 Heidelberg	06221/54-2882 aurel.croissant@ urz.uni-heidelberg.de	Politische Wissenschaft
Prof. Dr. Daniel Finke	Institut für Politische Wissenschaft Bergheimer Straße 58 69115 Heidelberg	06221/54-3418 daniel.finke@ uni-heidelberg.de	Politische Wissenschaft
Prof. Dr. Sebastian Harnisch Geschäftsführender Direktor (Sprecher)	Institut für Politische Wissenschaft Bergheimer Straße 58 69115 Heidelberg	06221/54-2859 sebastian.harnisch@ uni-heidelberg.de	Politische Wissenschaft
Prof. Dr. Michael Haus	Institut für Politische Wissenschaft Bergheimer Straße 58 69115 Heidelberg	06221/54-2873 michael.haus@ ipw.uni-heidelberg.de	Politische Wissenschaft
Prof. Dr. Manfred G. Schmidt	Institut für Politische Wissenschaft Bergheimer Straße 58 69115 Heidelberg	06221/54-3411 manfred.schmidt@ urz.uni-heidelberg.de	Politische Wissenschaft
Prof. Dr. Stefanie Walter	Institut für Politische Wissenschaft Bergheimer Straße 58 69115 Heidelberg	06221/54-3726 s.walter@ uni-heidelberg.de	Politische Wissenschaft
Dr. Stefan Wurster	Institut für Politische Wissenschaft Bergheimer Straße 58 69115 Heidelberg	06221/54-3419 wurster@ uni-heidelberg.de	Politische Wissenschaft
Prof. Dr. Reimut Zohlnhöfer	Institut für Politische Wissenschaft Bergheimer Straße 58 69115 Heidelberg	06221/54-2868 reimut.zohlnhoefer@ uni-heidelberg.de	Politische Wissenschaft

c. Zusammenfassung

Das avisierte Promotionskolleg untersucht Governance-Modi und Leistungsprofile von autokratischen und demokratischen Regimen im Vergleich. Die sechs Einzelpromotionen sollen die innen- und außenpolitische Performanz der Regime mit Hilfe von qualitativen und quantitativen Methoden der politikwissenschaftlichen Forschung analysieren. Die projektübergreifenden Leitfragen lauten: Divergieren oder konvergieren autokratische und demokratische Staaten in ihren Governance-Modi und dadurch in ihren Leistungsprofilen? Wie lassen sich die empirischen Befunde theoretisch erklären? Der Fokus der Vorhaben wird auf einer diachronen und/oder synchronen komparativen Untersuchung seit Beginn der 1990er Jahren liegen, da sich seither eine Vielzahl unterschiedlicher Risiken bei der Produktion kollektiver Güter inner- und außerhalb des Nationalstaates in ausgewählten Politik- beziehungsweise Regulierungsbereichen (beispielsweise Klimawandel, demographische Entwicklung oder Finanzmarktstabilität) eingestellt haben. Gemeinsam und individuell sollen die Promotionsprojekte den Zusammenhang zwischen Regimetypen, der Auswahl von Governance-Modi und Performanz aus unterschiedlichen politikwissenschaftlichen Perspektiven (Vergleich politischer Systeme, Politische Theorie und Policy-Analyse) untersuchen. In einer geplanten zweiten Förderstufe soll das Kolleg (gefördert von der DFG) durch wirtschaftswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche und philosophische Expertise thematisch ergänzt und ausgeweitet werden.

English Summary

The aim of the program proposed here is to explore how and why democratic and autocratic systems differ in their governance approach and policy performance. It centers on a comparison between different democratic and autocratic regime types, their preference for governance arrangements and the respective policy performance. The program investigates democratic and autocratic governance since the early 1990s, a period in which the production of collective goods in and beyond the nation state has become increasingly demanding. Our approach, which presses ahead with a long comparative research agenda at the institute, focuses on the causal nexus between regime type, the choice of specific governance modi and respective policy performance and brings to bear approaches from comparative policy, political theory and policy analysis. On the basis of the envisioned program, the institute seeks to integrate expertise from the field of economics, law, and philosophy into an extended framework during a second research period (to be funded by the German Research Foundation).

d. Forschungsprogramm

d1. Leitthema

Die Ausgangsidee des Kollegs bildet die These Winston Churchills, nach der die Demokratie eine schlechte Regierungsform sei, aber besser als alle anderen bislang erprobten. Churchills luzide Beobachtung stellt dabei nicht nur den Vergleich der Performanz von demokratischen und autokratischen Regimetypen in den Mittelpunkt des praktischen politischen Interesses. Die These von der „demokratischen Überlegenheit“ (Halperin et al. 2010) hat auch die vergleichende Demokratie-Autokratie-Forschung in den letzten Jahrzehnten dominiert. Zwar zeigte die komparative Policyforschung, dass es starke Unterschiede in den Leistungsprofilen unterschiedlicher demokratischer Subtypen gab und gibt; ein Befund, der – vor allem durch entsprechende Untersuchungen in Heidelberg (Croissant 2004; Croissant/Kühn 2009; Schmidt 2008; Schmidt et al. 2007; Zohlnhöfer 2009a und 2009b) – mehrfach bestätigt wurde. Ebenso galt lange Zeit als sicher, dass etablierte Demokratien gegenüber Autokratien eine höhere Performanz im Sinne der Politikprodukte (policy output) und Politikergebnisse (policy outcomes) verzeichnen konnten (Berg-Schlosser/Kersting 1997: 138f.).

Jedoch ist diese Gewissheit in der vergangenen Dekade einer gesunden Skepsis gewichen, die sich u.a. auf folgende Beobachtungen stützt: Zum einen wird konstatiert, dass autokratische Regime – trotz beträchtlicher Demokratisierungserfolge in den 1990er Jahren – nach wie vor in ca. 40% der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen vorzufinden sind. Unterschiedliche autokratische Spielarten (Militärregime, Monarchien und Einparteien- und personalisierte Regime) erweisen sich dabei als erstaunlich persistent (Magaloni/Kricheli 2010). Zum anderen üben Autokratien mit einem Bevölkerungsanteil von 55% und einem wachsenden Anteil an Weltwirtschaft und Welthandel einen immer gewichtigeren Einfluss auf die Weltpolitik aus. Es mehren sich deshalb Fragen, inwiefern diese autokratischen Regime die bestehende internationale Ordnung stützen (Kupchan 2012; Kupchan/Mount 2009; Traub 2009) oder ob sie ihre besonderen internen Governance-Arrangements (Stichwort: state capitalism) dazu bewegen werden, eigene, dem Westen widersprechende internationale Organisationen und Ordnungen aufzubauen (für die VR China vgl. bspw. Bremmer 2010; Halper 2010; Rachman

2010). Systematisch vergleichend oder empirisch-analytisch untersucht ist dies allerdings bislang nicht.

Ein vorrangiges Ziel des Promotionskollegs ist daher die nachhaltige Ausbildung und Förderung einer wissenschaftlichen Nachwuchsgeneration im Bereich der vergleichenden, empirisch-analytischen Autokratie- und Demokratieforschung. Die Doktorandinnen und Doktoranden sollen eine politikwissenschaftliche „Doppelqualifikation“ erlangen, indem ihnen fortgeschrittene methodische und theoretische Kenntnisse im Bereich der Autokratie- und Demokratieforschung nahe gebracht und diese durch vertiefte Politikfeld- und Länderkenntnisse ergänzt werden. Dieser Ausbildungszweig unseres Institutes soll durch eine interdisziplinäre Expansion in einer zweiten, bereits geplanten Förderphase (unterstützt durch die DFG) ausgebaut werden.

Die erste junge Nachwuchsgruppe soll sich vor allem mit drei Fragenbündeln beschäftigen, um die oben skizzierten politischen und politikwissenschaftlichen Debatten auf eine empirisch-analytisch fundierte Basis zu stellen: Erstens, inwiefern variieren die Leistungsprofile von Demokratien und Autokratien über einen Politikfeldvergleich hinweg und wie ist diese Varianz zu erklären? Zweitens, inwiefern führt die Verwendung bestimmter Governance-Arrangements, d.h. einer spezifischen Mischung der Governance-Modi von Zwang/Repression, Tausch, Vernetzung und Assoziation, durch Autokratien und Demokratien zu ähnlichen oder vergleichbaren Leistungsprofilen? Sowie drittens, ob und inwiefern sich unterschiedliche Autokratie- und Demokratietypen in die bestehende internationale Ordnung einpassen oder inwiefern sie ihre innerstaatlichen Governance-Arrangements und Interessengruppenstrukturen zum Aufbau alternativer internationaler Organisationen bewegen?

d2. Stand der Forschung

Die politikwissenschaftliche Forschung kann bei der Frage der Typologisierung von demokratischen und autokratischen Regime auf eine lange Forschungstradition zurückblicken. Das Interesse für die Policy- bzw. Performanzwirkung von Regimetypen ist hingegen jung und heterogen. Für die Policywirkung demokratischer Regimetypen ist der Forschungsstand, auch für einzelne Politikfelder, dabei gut entwickelt (Halperin et al. 2010; Helms 2009; Höffe 2002; Kielmansegg 2001; Lijphart 1999; Roller 2005; Schmidt 2010; Welzel/Alexander 2008). Anderes gilt für den Demokratie-Autokratie-Vergleich. Er hat erst in der letzten Dekade an Aufmerksamkeit gewonnen (Gandhi 2008; Knutsen 2010; McGuire 2010; Zweifel/Navia 2000). Bislang weisen hier die ersten Studien auf deutliche politikfeldspezifische Performanzunterschiede von Demokratien und Autokratien und deren Auswirkung auf die Output-Legitimität von Herrschaft hin (Kailitz 2006, 2012; Schmidt 2012c).

Einen der wenigen empirisch-analytischen Systemvergleiche bietet Wurster (2011), der die Performanzunterschiede zwischen Demokratien und Autokratien in mehreren Politikfeldern mit Nachhaltigkeitsbezug (Finanzpolitik, Bildungs- und Forschungspolitik, Umweltpolitik) untersucht und Hypothesen für den Nexus zwischen Performanzprofilen und Regimesubtypen testet. Seine Befunde zeigen große Performanzunterschiede zwischen autokratischen Subtypen auf. Die Spanne reicht von Fällen totalen Performanzversagens auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene, vor allem in terroristisch oder kleptokratisch regierten Diktaturen, bis hin zu mäßig bis sehr erfolgreichen Autokratien (Wurster 2011; ferner Gandhi 2008; Keefer 2007; Magaloni/Kricheli 2010; aber auch schon Beyme 1977, 1982).

Trotz verstärkter Anstrengungen in jüngerer Zeit¹ ist der Performanzvergleich unterschiedlicher autokratischer Regimesubtypen und ihrer Performanzbedingungen dennoch von großen Forschungslücken geprägt (Niskanen 2003; Olson 2000; Wurster 2012a, 2012b; Zweifel/Navia 2000). Dies ist sicherlich auch auf den ungleich schwierigeren Zugang zu verlässlichen Daten zurückzuführen. Gleichwohl muss konstatiert werden, dass sich die vergleichende Autokratieforschung bislang primär mit Fragen nach deren Genese und Persistenz beschäftigt hat (Albrecht/Frankenberger 2010; Bank 2009; Brooker 2009; Geddes 1999; Köllner 2008). Zudem konzentrierte sich die einschlägige Forschung auf die Frage nach Herrschaftssicherung und Legitimität, ohne dies mit der Frage der Governance-Modi und der daraus resultierenden Performanz zu verbinden. So kommt es, dass, obwohl die Vermutung eines Zusammenhanges naheliegt, bislang über den Nexus zwischen Regimetypus, Governance-Modi und Performanz nur einige wenige Hinweise vorliegen (Schmidt 2012a, 2012c).

Fasst man diese Hinweise der bisherigen vergleichenden Autokratieforschung im Hinblick auf die Governancearrangements zusammen, lassen sich drei Kernaussagen destillieren: Erstens, auch autokratische Regime streben danach, ihre Herrschaftsziele und damit auch ihre Herrschaftsposition nicht allein durch Zwang/Repression, sondern auch durch Tausch (u.a. Transfer materieller Güter), Netzwerke und Assoziation zu gewährleisten. Das Spektrum reicht hier von monarchischen Rentierstaaten (Saudi-Arabien) und Einparteien-Regimen, die ihre Legitimität durch besondere Mischformen von Assoziation und Tausch herstellen (Beblawi/Luciani 1987; Beck 2007; Magaloni/Kricheli 2010), bis hin zu diktatorischen Führerstaaten (Nordkorea), die durch extreme Formen von Repression, Tausch (Militarisierung) und Assoziation/Ideologisierung fortbestehen (Köllner/Gerschewski 2009).

Zweitens, alle Autokratien müssen sich dem sogenannten Dilemma des Diktators (Wintrobe 1998) stellen. Danach nutzen autokratische Regime regelmäßig Repression zur Herrschaftssicherung, um Gefolgschaft zu erwirken. Repression erzeugt Furcht. Furcht macht die Untertanen und rivalisierende Gruppen fügsam. Doch sie veranlasst Untertanen und rivalisierende Führungsgruppen auch, ihre wahren Meinungen und Absichten vor dem Diktator zu verbergen. Hieraus erwächst für den Diktator ein schwerwiegendes Problem: Die Unkenntnis der wahren Meinung über seine Herrschaft bestärkt seine Furcht vor Putsch oder Aufstand. Um beide Probleme zu lösen, ergänzt der Diktator die Repression durch Vorteilsgewährung, womit Loyalität erzeugt werden soll. Repression und Tausch lautet demnach die Stabilisierungsformel. Der Tausch gelingt allerdings nur, wenn der Diktator das Vertrauen der Adressaten gewinnt. Doch Vertrauen kann er nur durch übermäßige Investition in die Loyalität der Adressaten gewinnen, gewissermaßen durch fortwährende „Überbezahlung“ besonders wichtiger Gruppen, beispielsweise des Militärs (Wintrobe 1998, 2001).

Ob allerdings alle Autokratien das Herrschaftssicherungsinstrument Zwang auch präferentiell als Governance-Modus zur Regulierung bestimmter Policies benutzen und dabei noch hinreichend effizient sind, um die für den Tausch erforderlichen Güter zu produzieren, ist fraglich. Und fraglich ist auch, ob der Tausch in jedem Fall die erhoffte Loyalität oder zumindest Fügsamkeit hervorbringt (Schmidt 2012b). Dieser inhärenten Legitimationsschwäche können Autokratien auf unterschiedlichen Wegen zu begegnen versuchen: Sie können danach streben, materielle Transfers durch ethnische, nationalistische Identifikation zu ergänzen, um so Loyalität einzuwerben, oder sie können durch ge-

¹ So fand im März 2012 eine internationale Konferenz in Heidelberg zum einschlägigen Thema „Varieties of Autocracy – Institutions, Performance and Survival“ statt, deren Ergebnisse in Kürze als Sonderband der referierten, renommierten internationalen Fachzeitschrift „Contemporary Politics“ erscheinen werden.

schickte Kooptation, Täuschung oder Erpressung auf Sicherung ihres Machterhalts zielen. Die weitere komparative Forschung muss demnach weit über die Annahmen von Wintrobes Diktatorenlemma hinausgehen und auch die Steuerungsschranken und die Performanzdilemmata von Autokratien berücksichtigen.

Drittens, sind jene autokratischen Regime, die in der neueren Forschung als performanzstark ausgewiesen werden, d.h. Rentierstaaten mit großer Ressourcenausstattung (Saudi-Arabien) oder exportorientierte Wachstumsregime (u.a. Südkorea bis Mitte der 1980er Jahre und die VR China), zur Festigung ihrer internen Herrschaft in besonderem Maße auf eine stabile internationale Ordnung (insbesondere freien Zugang zu Absatzmärkten) angewiesen. Daraus ergibt sich, neben dem innenpolitischen „Dilemma des Diktators“ (Wintrobe 1998), möglicherweise ein externes Dilemma von Diktaturen. Diese könnten auf ein kongeniales internationales Umfeld angewiesen sein, ohne dies aber selbst schaffen oder erhalten zu können, weil ihnen wichtige Fähigkeiten für eine effektive, vertrauensvolle und langfristige internationale Zusammenarbeit fehlen (Barma et al. 2009a, 2009b; Bates 2008; Kricheli 2009; Smith-Cannoy 2012). Konkret könnte für diese autokratischen Systeme gelten, dass die Integration in eine westlich-liberal geprägte internationale Ordnung, die wichtig für ihr wirtschaftliches Wachstum ist, gleichzeitig die Gefahr mit sich bringt, dass sich innerstaatlich Interessengruppen bilden (sog. compliance constituencies), die von der bisherigen internationalen Arbeitsteilung profitierten und diese deshalb fortführen und auch in ihrer innerstaatlichen liberalisierenden Wirkung durchsetzen wollen (Lake 2011). Beispielhaft dafür könnte die Volksrepublik China sein.

Diese begründeten Vermutungen werfen die Frage auf, inwiefern demokratische und autokratische Subtypen unterschiedliche interne und externe politische und wirtschaftliche Anpassungsmechanismen präferieren, um negative Veränderungen ihres Leistungsprofils durch externe Schocks oder langfristige Risiken aufzufangen. Neuere Befunde aus der komparativen Außenpolitikforschung weisen hier auf Folgendes hin: Bestimmte Demokratietypen bauen deutlich häufiger und deutlich funktionsfähigere internationale Organisationen auf und sie agieren in diesen als verlässlichere Partner als andere Regimetypen (Russett/Oneal 2001: 173; Gaubatz 1996; Lipson 2003; Martin 2000). Warum dies so ist und welche Governance-Arrangements dies in Autokratien möglicherweise auch befördern könnten, ist bislang nicht untersucht worden.

Der Zusammenhang von Regimetypp, Governance-Arrangements und Performanz wird in der Politikwissenschaft zudem aus der Perspektive der politischen Steuerung analysiert. Der Forschungsstand dieser Debatte über gewandelte Formen politischer Steuerung lässt sich so zusammenfassen: Zum einen hat sich dieser Forschungsstrang primär mit demokratischen Regimen beschäftigt, wobei seit etwa fünfzehn Jahren die „Governance-Perspektive“ forschungsleitend war (Benz 2004; Benz et al. 2007; Blatter 2006; Bogason 2000; Haus 2010a; Pierre 2000; Rhodes 1997). Die Governance-Forschung geht der Frage nach, inwiefern demokratische Regierungen mit traditionellen Steuerungsinstrumenten und -ansätzen gesellschaftliche Entwicklungen noch zielgerichtet beeinflussen können bzw. inwiefern neue Steuerungsinstrumente Vorteile bezüglich effektiverer oder legitimerer Problemlösungen bieten. Ferner fragt dieser Strang nach der Erforderlichkeit und den Konsequenzen kooperativen staatlichen Handelns sowie der Notwendigkeit komplexerer institutioneller Rahmensetzungen unter Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure.

Drei, hier idealtypisierend gefasste, Positionen kennzeichnen die kontroverse Governance-Debatte: (1) Positionen, die auf weitere Potenziale der Effektivitätssteigerung und erhöhte „Systemrationalität“ durch stärker institutionalisierte Kooperation von Staat und gesellschaftlichen Akteuren (meist Verbänden) verweisen (Benz 2004; Mayntz 2004; Mayntz/Scharf 1995; Scharpf 1999). (2) Positionen, die in kooperativem Staatshandeln zusätzliches Demokratisierungspotenzial erkennen (Braun 2000; Heinelt 2008; Sørensen 2002). Sowie (3) Positionen, welche die Gefahr des Verlustes genuin demokratischer Qualitäten des Regierens im Zuge einer Berufung auf die Hervorbringung von „Outputs“ durch elitenzentrierte Netzwerke kritisieren (Buchstein/Jörke 2003; Crouch 2004; Greven 2007). Obwohl die Debatte alles andere als abgeschlossen ist, lässt sich für das Forschungsfeld des Kollegs folgendes Zwischenergebnis festhalten: Zum einen, dass Aussagen über die kausale Wirkung spezifischer Regulierungsmuster auf Leistungsbereiche einen stark kontextgebundenen Charakter haben. Vereinfachende Vorstellungen von „Politiklernen“ und deren Übertragung auf andere Politikfelder oder Subtypen sollte daher mit Skepsis begegnet werden (Bevir et al. 2003). Zum anderen zeigt die Auseinandersetzung deutlich, dass Steuerungs- und Herrschaftsfragen nicht strikt voneinander getrennt werden können. Beide stehen in einem legitimatorischen Zusammenhang und müssen sowohl rhetorisch als auch machtpolitisch vermittelt werden (Haus 2010a; Jann/Wegrich 2004; Jessop 2007; Sack 2009). Deshalb ist es auch plausibel anzunehmen, dass nicht alle Governance-Modi in allen Herrschaftstypen gleich vertreten sein werden und sich ihre Mischungsverhältnisse an herrschaftsspezifischen Legitimationsgrenzen brechen. Schließlich zeigte die bisherige Governancedebatte auch, dass bei der Einschätzung von Performanzpotentialen insbesondere reflexive Momente der Anpassung und Revision von Regulierungspraktiken eine wichtige Rolle spielen (Heinelt 2008; Jessop 2002).

Reflektiert man nun diese Befunde im Hinblick auf das konkrete Forschungsinteresse des Kollegs, so kann Folgendes konstatiert werden: Erstens, die Governance-Diskussion über Regulierungsmodi ist bislang an der empirisch-analytischen Untersuchung autokratischer Regime weitgehend vorbei gegangen. Hier gilt es eine empirische, eine analytische, aber auch eine theoretische Forschungslücke zu schließen, die auch direkte praktische Implikationen bspw. für die Persistenz oder internationale Kooperationsbereitschaft bestimmter Regimetypen hat. Zweitens ist auch der Zusammenhang zwischen Governance-Wandel und Regimequalität sowie zwischen der Auswahl von Governance-Arrangements und der jeweiligen Politikfeldperformanz noch weitgehend ungeklärt. Und dies gilt sowohl für die diversen autokratischen Regime untereinander, als auch im Vergleich zu demokratischen Regimesubtypen. Drittens macht die Debatte deutlich, dass die Zunahme kollektiver nationaler und globaler Handlungsprobleme die Frage immer wichtiger werden lässt, ob und inwieweit autokratische Regimetypen und entsprechende Governance-Arrangements zum Erhalt der bestehenden internationalen Institutionen beitragen werden oder zum Aufbau eigenständiger Kooperationsformen neigen, die ihren innerstaatlichen Legitimationserfordernissen besser entsprechen.

d3. Vorarbeiten

Das Institut für Politische Wissenschaft ist für das avisierte Forschungs- und Qualifizierungskonzept hervorragend ausgewiesen. Die Antragsteller verbindet eine z. T. langjährige und außerordentlich erfolgreiche gemeinsame Forschungserfahrung in der komparativen Politikwissenschaft, die sich in vielen Spitzenplätzen in den einschlägigen Fachrankings in diesem Teilbereich widerspiegelt. Auch

existiert eine breite Erfahrung in der strukturierten Doktorandenausbildung, die sich etwa im interdisziplinären Promotionskolleg „Reformen von Steuer- und Sozialsystemen“ oder dem „Brown-Bag-Forschungsseminar“ (fachübergreifende Veranstaltung für Doktoranden und Habilitanden mit ständiger professoraler Beteiligung) der Kollegen S. Walter und D. Finke niedergeschlagen hat. Zusätzlich kann auf die einschlägigen Erfahrungen der neu berufenen Kollegen zurückgegriffen werden, die bspw. an der Etablierung von Graduiertenschulen (R. Zohlhöfer an der Bamberg Graduate School of Social Science) beteiligt waren. Zudem existiert eine enge projektbezogene Kooperationskultur, die sich in zahlreichen interdisziplinären Projekten innerhalb (u.a. Marsilius Kolleg-Projekte, Etablierung des Heidelberger Center for the Environment, Projektverbünde im Heidelberg Center for American Studies, Economics & Politics Seminar mit dem Alfred-Weber-Institut) und außerhalb der Ruperto Carola (Bewilligung des DFG-Schwerpunktprogramms „Climate Engineering“) widerspiegelt.

Die Vorarbeiten der tragenden Wissenschaftler sind individuell und kollektiv daher eine sehr belastbare Basis für die Umsetzung des angestrebten Qualifizierungs- und Forschungsprogramms. Sie bestehen aus theorieorientierten, methodisch versierten und empirisch-analytischen Forschungsleistungen, welche die Qualifizierungsbereiche und Forschungsschwerpunkte umfassen.

Prof. Croissant beschäftigt sich in seinen Forschungsarbeiten vorwiegend aus Perspektive der komparativ-historischen Politikwissenschaft mit wirtschaftlicher und politischer Transformation in autokratischen und demokratischen Regimen in Asien und Pazifik (Croissant 2003 ff.), der konzeptionellen und theoretischen Untersuchung von Regimeformen in der „Grauzone von Diktatur und Demokratie“ (Bendel/Croissant/Rüb 2002; Croissant 2002, 2009; Merkel/Croissant 2000; Merkel et al. 2003, 2006; Croissant/Thierry 2009) sowie der politischen Ökonomie autoritärer Entwicklung in Ostasien, insbesondere in Nordostasien (Croissant 2000, 2004). In den vergangenen Jahren lag der Schwerpunkt vor allem auf der Rolle von „elektoralen“ Institutionen (Croissant et al. 2002, 2006), politischen Parteien (Croissant/Völkel 2012) und Zivilgesellschaft in autoritären Regimen (Giersdorf/Croissant 2011) sowie auf der vergleichenden Analyse von Governance in südostasiatischen Autokratien und Demokratien (Croissant/Faust 2008; Croissant/Bünthe 2011). In jüngster Zeit verschob sich sein Forschungsinteresse zunehmend auf die vergleichende Analyse der zivil-militärischen Beziehungen in Autokratien und Demokratien (Croissant/Kühn 2011; Croissant et al. 2012a, 2012b) sowie auf die theoretische und empirisch-vergleichende Analyse der Entstehung, Entwicklung und Erosion von verschiedenen Varianten der Militärherrschaft (Croissant 2012). Gegenwärtig arbeitet er mit S. Wurster an der Herausgeberschaft einer Publikation zu Persistenz und Performanz unterschiedlicher Autokratietypen (Croissant/Wurster i.V.). Methodisch stützen sich seine Arbeiten vorrangig auf konfigurativ-vergleichende Methoden, insbesondere komparativ-historische Vergleichsanalysen mit kleiner Fallzahl, die Kombination von deskriptiv-statistischen Verfahren und Prozessanalyse sowie fuzzy set QCA.

Die Forschungsschwerpunkte von **Prof. Finke** liegen im Bereich der Analyse institutioneller Reformen der Europäischen Union sowie von Entscheidungs- und Verhandlungsprozessen innerhalb sowie zwischen westeuropäischen Staaten. Seine Forschung konzentriert sich auf die Analyse dezentraler Entscheidungs- und Steuerungsmechanismen an der Schnittstelle zwischen nationaler und europäischer Politik. Dies gilt einerseits für die empirische Analyse der Steuerungseffizienz im Rahmen bestehender

Institutionen (Finke 2012; Finke/Dannwolf 2012; Schneider/Finke 2007; Schneider/Finke/Bailer 2010), als auch für die Analyse von Institutionenreformen (Finke 2010, Finke et al. 2012). Dabei steht das Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Entscheidungseffizienz/-effektivität im Vordergrund des Erkenntnisinteresses. In der Datenerhebung reichen die angewendeten Methoden von Umfragen (Finke et al. 2012) über Textanalysen (Finke/Dannwolf 2012) bis zu Laborexperimenten (Finke/Fleig 2012).

Prof. Harnisch untersucht in seiner Forschungstätigkeit unterschiedliche Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Energie- und Umweltpolitiken in einer Vielzahl von demokratischen und autokratischen Regimen in Europa, Asien und den USA. In den vergangenen Jahren lagen die Schwerpunkte in vergleichenden Untersuchungen zur Bundesrepublik (Harnisch 2006a, 2007a, 2009a, 2010a, 2011, 2012; Harnisch et al. 2003, 2004; Harnisch/Schmidt 2012), der EU und diverser ihrer Mitgliedstaaten (Harnisch 2007b; Stahl/Harnisch 2009), der USA (Harnisch 2002, 2006b, 2012) sowie Nordkoreas, der Volksrepublik China, Südkoreas und Japans (Harnisch 2002, 2007b, 2008, 2009b; Harnisch/Rösch 2011). Diese wurden durch Arbeiten zur Theoriebildung in den internationalen Beziehungen, insbesondere zur Rollentheorie und Soziologie der internationalen Beziehungen ergänzt (Harnisch 2003, 2010b; Harnisch et al. 2009, 2011). Methodisch stützen sich seine Arbeiten vorrangig auf komparativ-historische Vergleichsanalysen mit kleiner Fallzahl sowie eine Kombination von Diskurs- und Entscheidungsprozessanalysen.

Prof. Haus hat seit Beginn der 2000er Jahre zu Fragen des institutionellen und semantischen Wandels im Zuge der Modernisierung des Regierens geforscht. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Rolle von Leitbildern des guten Regierens und Diskursen für die Initiierung und Konzeptualisierung einer Modernisierung von demokratischer Staatlichkeit und Steuerung. Ferner beschäftigen ihn die Potentiale wie auch Gefährdungen, welche von gewandelten Formen des Regierens für Praktiken demokratischer Selbstregierung ausgehen (Haus 2002, 2005). Wichtige Desiderata seiner Forschung bilden die Berücksichtigung rhetorischer und semantischer Dimensionen, die Relevanz institutioneller Leitbilder sowie die Würdigung eines Theorienpluralismus in der Konzeptualisierung neuer Governance-Ansätze (Haus 2008, 2010b). Empirisch lag der Schwerpunkt in den vergangenen Jahren auf der Analyse von lokalen Praktiken des Regierens, insbesondere in europäischen Städten (Haus et al. 2005a, 2005b; Haus/Klausen 2011), sowie auf der institutionenpolitischen Modernisierung von lokalen Praktiken des Regierens (Haus 2010a). Im Bereich der zeitgenössischen normativen Politischen Theorie traten Studien zum legitimatorischen Kontext von systemischer Leistungsfähigkeit hinzu (u.a. Haus 2000, 2003, 2011). Herr Haus gehört derzeit einem internationalen Netzwerk an, das im Rahmen des Forschungsprojekts „Democratic legitimacy by performance“ (Leitung: Asbjørn Røiseland, Jon Pierre und Annelin Gustavsen, Finanzierung durch den Norwegian Research Council) zusammenarbeitet.

Prof. Schmidt hat zahlreiche wegweisende Beiträge zur vergleichenden Wohlfahrtsstaats- und Demokratieforschung (Schmidt 2002, 2010) vorgelegt und mit Studien über die Sozialpolitik der DDR (Schmidt 2012a) sowie Analysen zum Demokratie-Autokratie-Vergleich (Schmidt 2006, 2008, 2012b, 2012c) thematisch einschlägig publiziert. Er bringt eine langjährige Expertise in der Graduiertenausbil-

derung mit, aus der insb. Wissenschaftler mit Spezialisierung in der komparatistischen Staatstätigkeitsforschung – überwiegend mit Fokus auf die OECD-Mitgliedsstaaten – hervorgegangen sind.

Prof. Walter hat ihre Forschungsschwerpunkte in den Bereichen der vergleichenden und Internationalen Politischen Ökonomie. Im Zentrum ihres Forschungsinteresses steht die Frage, wie Verteilungskonflikte, Politikpräferenzen und Institutionen wirtschaftspolitische Entscheidungen von demokratischen und autokratischen Regierungen beeinflussen. Abgeschlossene Forschungsprojekte haben beispielsweise untersucht, wie sich demokratische und autokratische Regime in ihren Reaktionen auf Währungskrisen unterscheiden (Dreher/Walter 2010; Sattler/Walter 2008, 2010), oder wie der Wahlzyklus (Walter 2009), die Struktur von Interessengruppen (Walter 2008) und andere institutionelle Strukturen (Walter/Willett 2012) makroökonomische Politikentscheidungen demokratischer Regierungen beeinflussen. Aktuelle Projekte untersuchen beispielsweise die politischen Determinanten von Typ und Timing makroökonomischer Reformen bei internationalen Finanz- und Wirtschaftskrisen (Walter 2013, i.E.), den Einfluss der Globalisierung auf individuelle Partei- und Politikpräferenzen (Häusermann/Walter 2010; Walter 2010; Walter/Maduz 2009) und die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf Politikpräferenzen und Wahlverhalten in demokratischen Staaten (Beckmann/Trein/Walter 2011). Methodisch stützen sich Frau Walters Arbeiten sowohl auf qualitative, als auch quantitative Methoden.

Dr. Wurster befasst sich im Rahmen seines Habilitationsprojekts mit dem Zusammenhang von Regimetypausprägungen von Demokratien und Autokratien und nachhaltiger Entwicklung. Er hat dazu quantitative Analysen sowohl über mehrere Politikfelder hinweg (Wurster 2011), als auch zu Einzelfragen, wie der Entwicklung der Staatsfinanzen (Wurster 2012a) oder der einer nachhaltigen Umweltpolitik (Wurster 2012b), vorgelegt. Neben seinen Forschungsschwerpunkten im Bereich der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, der Nachhaltigkeitstheorie und des Demokratie-Autokratie-Vergleichs beleuchtet er auch Formen und Instrumente politischer Steuerung (Wurster 2012c) und betreibt auf Deutschland zentrierte Politikfeldanalysen, insbesondere zur Bildungs-, Forschungs-, Umwelt- und Energiepolitik (Wurster 2010).

Der Forschungsschwerpunkt von **Prof. Zohlnhöfer** liegt in der vergleichenden Policy-Forschung. Dabei stehen einerseits theoretische Überlegungen zu politischen Willensbildungsprozessen im Zentrum (Zohlnhöfer 2003, 2005, 2009a), die andererseits in Einzelfallstudien, vor allem zur Bundesrepublik Deutschland (Zohlnhöfer 2001, 2004, 2011a), in vergleichenden Fallstudien (Zohlnhöfer 2007, 2009b, 2012) sowie in quantitativen Untersuchungen (Obinger/Zohlnhöfer 2007; Wolf/Zohlnhöfer 2009; Zohlnhöfer et al. 2008, 2012) überprüft wurden. Dabei stehen einerseits Fragen nach dem Einfluss innenpolitischer Faktoren wie politischer Parteien (Zohlnhöfer et al. 2012, Zohlnhöfer/Bandau 2012) und politischer Institutionen im Zentrum, andererseits wird aber auch die Bedeutung internationaler Faktoren wie die Globalisierung (Zohlnhöfer 2009b; Zohlnhöfer et al. 2008) und der Europäischen Integration (Zohlnhöfer/Ostheim 2007) in den Blick genommen. Daneben geht er aber auch Fragen der klassischen vergleichenden Politikwissenschaft nach, etwa in Analysen zu Parteiensystemen (Zohlnhöfer 2006) oder den Auswirkungen von Institutionenreformen (Zohlnhöfer 2009c, 2011b).

e. Promotionsschwerpunkte und Kollegvernetzung

Die beantragten sechs Promotionsprojekte sollen in drei neue, weithin unbeackerte Analysefelder an der Gemarkung zwischen der vergleichenden Autokratie- und Demokratieforschung vorstoßen: Erstens, den Vergleich von demokratischen und autokratischen Regimen entlang der analytischen Achse Regimetypus-Governancemodi-Performanz. Zweitens, den Vergleich von demokratischen und autokratischen Regimen in der Absicht politikfeldspezifische Performanzkonvergenzen und -divergenzen zu identifizieren und zu erklären. Sowie drittens, den systematischen Vergleich der Innen- und Außenpolitiken der jeweiligen Regimetypen im Hinblick auf die Verwendung bestimmter Governance-Arrangements und Performanz bei der Herstellung stabiler nationaler und internationaler Ordnung.

Das Graduiertenkolleg zielt damit in seiner ersten Förderphase auf einen empirischen, theoretischen und praxologischen Mehrwert in drei Bereichen: Erstens, des empirisch-analytisch gesicherten Wissens über die politikfeldspezifische Performanz von unterschiedlichen Demokratie- und Autokratietypen; zweitens, des theoretisch fundierten Wissens über den Zusammenhang zwischen Regimetypus, gewählten Governance-Modi und Politikperformanz, welche auch die Grundlage für weitere Fortschritte in der Persistenz- und Transformationsforschung bilden könnten; drittens, des theoretisch fundierten Wissens über den Zusammenhang zwischen internen und externen Governance-Modi von demokratischen und autokratischen Regimen und deren Auswirkungen auf die internationale Ordnung. Die Aufgabenstellungen in diesen drei Bereichen werden durch die komparative Methode, den Untersuchungszeitraum und die im Antrag formulierten Grundannahmen in einen einheitlichen Forschungsrahmen eingefügt. Dieser Rahmen wird durch die gezielte methodische, theoretische und empirisch-analytische Aus- und Fortbildung der Doktoranden ergänzt (vgl. Abschnitte f und h-i).

Das Institut strebt in den kommenden Jahren eine Schwerpunktbildung im Bereich der vergleichenden Autokratie-Demokratie-Forschung an. Zu diesem Zweck ist bereits jetzt eine zweite Förderphase geplant (Finanzierung durch die DFG), die zwei Erweiterungen beinhaltet. Einerseits soll das in Phase 1 gewonnene Wissen über den Performanzvergleich von Autokratien und Demokratien systematisch in drei Fokusfeldern interdisziplinär vertieft und reflektiert werden: a) Der Wirtschafts- und Finanz-Governance mit den Kollegen des Alfred-Weber-Instituts für Wirtschaftswissenschaften; hier bestehen bereits sehr gute persönliche und institutionalisierte Kontakte (z. B. durch das Economics & Politics Seminar). b) Im Vergleich der Rechtstaatlichkeit und ihrer funktionalen Äquivalente in unterschiedlichen Autokratietypen mit der Heidelberger Rechtswissenschaft. Sowie c) im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Governance-Arrangements und normativen Rechtfertigungspraktiken mit der Philosophie. Hier kann sowohl auf entsprechende Kontakte zur Heidelberger als auch zur Philosophie am Karlsruher Institut für Technologie zurückgegriffen werden. Andererseits soll die geplante Phase 2 dazu dienen, die Partialbefunde aus Phase 1 im Hinblick auf eine differenzierte Theoriebildung für unterschiedliche Subtypen zu systematisieren und disziplinär weiter zu entwickeln.

e1. Governance-Modi in Autokratien und Demokratien im Vergleich (Analysefeld 1)

Auf der ersten Vergleichsebene steht der Zusammenhang zwischen autokratischen und demokratischen Regimetypen, ihren internen und externen Rahmenbedingungen und den bevorzugten Governance-Arrangements in ausgewählten Themenfeldern im Zentrum. Ziel ist es, die präferierten Governance-Optionen der jeweiligen Regimetypen herauszuarbeiten und das Vorkommen charakteristischer

Governance-Arrangements in Autokratien und Demokratien zu erklären. Wir gehen davon aus, dass es bestimmbare Passungsverhältnisse zwischen Regimetyp und Governance-Arrangements gibt, dass bspw. in Autokratien Zwang systematisch eine größere Rolle spielt als in Demokratien, während Demokratien in stärkerem Maße als Autokratien auf Assoziation zurückgreifen können. Zudem gehen wir davon aus, dass diese Mischungsverhältnisse mit dem Subtypen von demokratischem bzw. autokratischem Regimen ebenfalls variieren.

Die Projekte sollen deshalb darauf zielen, den Zusammenhang zwischen folgenden Aspekten der Konstituierung eines Governance-Arrangements in ausgewählten Politikfeldern zu analysieren:

- (1) Dem Regimetypus, also den institutionellen Rahmenbedingungen der Herstellung und Umsetzung allgemein verbindlicher Entscheidungen. Wir vermuten, dass bestimmte Regulierungs- und Umsetzungspraktiken eng mit dem jeweiligen Subtypus „verzahnt“ sind und der Typus für diese einen Verständnis-, als auch einen institutionellen Möglichkeitshorizont bildet. Mithin geht es hier vor allem um Einschätzungen der Kompatibilität von Regimetypen und Governance-Arrangements.
- (2) Den Legitimationspraktiken politischer Entscheidungsträger und der mit ihnen verkoppelten gesellschaftlichen Gruppen, durch die bestimmte politische Ziele und Strategien als normativ angemessen und politisch wünschenswert behauptet werden (normative Leitbilder des Regierens). Es soll hier primär die normative Rahmung von Governance-Arrangements als kausal effektiv und normativ angemessen untersucht werden.
- (3) Der Rolle politikfeldspezifischer Charakteristika in Fortführung von Lowis These, wonach die Beschaffenheit von Policies eine erklärende Bedeutung für die Form des politischen Konfliktaustrages hat (Lowi 1972; weiterführend Beyme 1997; Heinelt 2009). Zu fragen ist hier nach dem Potential zum Austrag von Interessenkonflikten in unterschiedlichen Regimetypen und den damit zusammenhängenden Governance-Arrangements.

Mögliche Promotionsthemen und Fragestellungen sind hierbei u.a.: Aspekte der Staat-Markt-Arbeitsteilung in Demokratien und Autokratien im Vergleich, intertemporale Zielkonflikte in der Politik von Demokratien und Autokratien und equality-efficiency-Zielkonflikte in Demokratien und Autokratien.

e2. Governance-Modi und Performanz in komparativer Perspektive (Analysefeld 2)

Die zweite Vergleichsebene nimmt den Zusammenhang zwischen Governance-Arrangement (Mix aus Hierarchie, Tausch, Regulierung mittels Netzwerk- und Assoziationsbildung) und Politikperformanz in den Blick. Wir gehen davon aus, dass diese Arrangements in Demokratien und Autokratien verschiedenartig wirken und sich dadurch in ihrer Problemlösungskapazität deutlich unterscheiden. Die Promotionsprojekte sollen in diesem Analysefeld darauf zielen, den Zusammenhang zwischen folgenden Aspekten der Performanz von Governance-Arrangements in ausgewählten Problembereichen zu untersuchen:

- (1) Die sich über Zeit wandelnden politikfeldspezifischen Governance-Modi, d.h. die institutionalisierten Formen der Koordination sozialer Interaktion. Diese lassen sich als distinkte Governance-Arrangements begreifen und im Hinblick auf ihre Problemlösungsfähigkeit hin untersuchen.
- (2) Die konkreten Wirkungsweisen, die spezifische Governance-Arrangements entfalten, d.h. wie diese direkt oder indirekt auf das Handeln der Politikadressaten wirken und worauf diese Aus-

wirkungen zurückzuführen sind. Die Kollegprojekte fragen hier nach den strukturellen und kulturellen Funktionsvoraussetzungen von bestimmten Governance-Arrangements – etwa der Institutionalisierung marktförmiger Wirtschaftspraktiken im Rahmen eines autoritären Regimes.

- (3) Die spezifischen gesellschaftlichen Effekte, die einzelnen Governance-Arrangements bei der Bewältigung von Problemen zugeschrieben werden können. Konkret geht es hier um die resultierende Politikperformanz im Lichte ausgewiesener Politikziele.
- (4) Die reflexiven Praktiken der kollektiven Beurteilung und Änderung von Governance-Arrangements aufgrund ihrer Performanz (u.a. der Konstruktion von kausalem Wissen und der Analyse von Betroffenheit), aus denen sich Potentiale für ein kontextspezifisches Lernen ergeben können.

Die avisierten Projekte sollten ihrer Schwerpunktbildung entsprechend an die vergleichende Demokratie- und Autokratieforschung anknüpfen (insb. 1) bzw. die Ergebnisse der demokratiezentrierten Governance-Forschung rezipieren (insb. 2-4), um so die Kontextbedingungen der Wahl von Governance-Modi und resultierender Performanz herauszuarbeiten.

Mögliche Promotionsthemen und Fragestellungen: Welche Rolle spielen Performanzkonzepte bei der Politiklegitimierung in autokratischen und demokratischen Herrschaftskontexten? Wie wandeln sich Semantiken des „guten Regierens“? Wie werden generische oder auch partikuläre Leitbegriffe der Politik wie „Gerechtigkeit“, „Nachhaltigkeit“, „Volkswille“ in Anspruch genommen, um Performanz in den unterschiedlichen Politikfeldern zu konstruieren? Welche Institutionalisierungsformen von Deliberation und Reflexivität lassen sich mit Blick auf die Wirkungen und Leistungsfähigkeit des Regierens finden? Welche Funktionsimplikationen haben diese?

e3. Interne und externe Governance-Modi im Vergleich (Analysefeld 3)

Auf der dritten Vergleichsebene wird der Zusammenhang zwischen internen und externen Governance-Modi und der Politikperformanz bei der Einrichtung und Aufrechterhaltung von nationaler und internationaler Ordnung analysiert. Ausgehend von den Befunden der vergleichenden Außenpolitikforschung und Internationalen Politischen Ökonomie wird davon ausgegangen, dass demokratische Staaten leichter internationale Institutionen bilden und aufrechterhalten können, weil ihre internen Herrschaftsansprüche begrenzter, ihre rechtstaatlichen Mechanismen wirkungsvoller und daher ihre völkervertragsrechtlichen Versprechen glaubwürdiger sind als jene autokratischer Staaten (vgl. Abschnitt d2). Komplementär ergibt sich, dass es jene autokratischen Regime, deren innerstaatliche Governance-Modi auf Hierarchie und Identifikation mit einer einheitlichen Herrschaftslogik abzielen, es schwerer haben sollten, internationale Institutionen zu gründen oder aufrecht zu erhalten, deren Governance auf beschränkter Herrschaftsgewalt oder Tausch beruhen. Kurz: je stärker und glaubwürdiger die Begrenzung von hierarchischer Governance, desto leichter, umfänglicher und langfristiger schließen sich solche Staaten in internationalen Organisationen zusammen, die ihre Souveränität nicht durch militärischen Zwang verteidigen können. Dieses Analysefeld umfasst folgende Schwerpunkte:

- (1) Interne Governance-Modi und internationale Ordnung: Die Verwendung der Governance-Modi durch unterschiedliche demokratische und autokratische Regime ist weder gleich verteilt noch im Hinblick auf ihre Effekte auf die Politikperformanz in der internationalen Ordnung gleich wirkungsvoll. Liberale Demokratien vertrauen häufiger auf beschränkte Autorität, freie Märkte und die Beteiligung privater Akteure bei der Aufrechterhaltung internationaler Ordnungen (Ikenberry

2001, 2011), während autokratische Regime ungeteilte Autoritäten, gelenkte Märkte und gesteuerte private Akteure bevorzugen (Wintrob's Diktatoren-Dilemma). Sind diese Vermutungen zutreffend, so müssten sich bei einem Vergleich unterschiedlicher autokratischer Regime, insbesondere totalitärer und autoritärer, deutliche Unterschiede in der Bereitschaft zeigen, internationale Institutionen einzurichten und aufrecht zu erhalten (Barma et al. 2009a; Halper 2010).

Mögliche Promotionsthemen: Projekte könnten auf kleiner oder großer Fallzahl basierend, das politikfeldspezifische „Institutionalisierungsverhalten“ (Aufbau, Unterhalt) von unterschiedlichen Autokratietypen und Demokratietypen miteinander vergleichen. Weitere Projekte könnten sich mit den internen und externen Governance-Modi autokratischer Staaten und der Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen (Allianzen, Wirtschafts- und Finanzkooperation, Umweltschutz) beschäftigen.

- (2) Internationale Ordnung, die Struktur von Interessengruppen und Performanz: Politische Ordnungen, auch internationale, sind weitgehend selbst-durchsetzende Ordnungen, weil sie regelmäßig Interessengruppen hervorbringen, die sich für den Erhalt der bestehenden Ordnung einsetzen. Es ist deshalb plausibel, dass autokratische und demokratische Systeme, die sich zur Herrschaftslegitimation auf unterschiedlich große und politisch ausgerichtete Interessen- bzw. Wählergruppen stützen (Bueno de Mesquita et al. 2003), hinsichtlich ihrer internationalen Ordnungspräferenzen variieren, denn auch liberale und sog. „organisierte Marktwirtschaften“ setzen unterschiedlich stark marktbasierende und hierarchiebasierte Steuerungsmechanismen ein, die ihrerseits unterschiedliche Zentralisierungsgrade politischer Herrschaft nach sich ziehen (Gourevitch/Shinn 2005; Hall/Soskice 2001): Liberale Marktwirtschaften bieten wenig sozialen Schutz und langfristige persönliche Humankapitalausbildung, aber hohe sektor-unspezifische Flexibilität während „organisierte Marktwirtschaften“ höheren Schutz vor Marktzyklen und aufwendige sektor-spezifische Ausbildungsprogramme ausbilden. Ebenso wie exportorientierte Interessengruppen werden sich liberale Marktwirtschaften international eher für Marktöffnungspolitik stark machen als importsubstituierende Sektoren, die sich für hierarchische und schützende Regulierungen einsetzen werden (Hathaway 1998; Milner 1988; Rogowski 1989). Sind diese Vermutungen zutreffend, so müsste sich anhand der spezifischen marktwirtschaftlichen Ausrichtung von Autokratien und Demokratien eine Konvergenz bzw. Divergenz bei der jeweiligen politikfeldspezifischen Performanz beobachten lassen können.

Mögliche Promotionsthemen: Projekte könnten auf kleiner oder großer Fallzahl basierend das politikfeldspezifische „Bindungsverhalten“ von unterschiedlichen Autokratie- und Demokratietypen miteinander vergleichen (bspw. Währungs- und Finanzpolitik). Weitere Projekte könnten sich mit den internen und externen Governance-Modi autokratischer Staaten und der Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen (sicherheitspolitische Allianzen, Wirtschaftskooperation, Umweltschutz) beschäftigen.

- (3) Interne Governance-Arrangements und externe Krisen- und Risikoperformanz im Vergleich: Krisen und langfristige Risiken bilden seit Mitte der 1990er Jahre besondere Herausforderungen für politische Systeme, ganz gleich ob sie autokratischer oder demokratischer Natur sind. Krisen können dabei als eine rasche Zunahme von Unsicherheit und der relativen Kosten/Nutzen der derzeitigen Politikstrategien definiert werden. Langfristige Risiken lassen sich als soziale Situationen mit einem potentiell hohen intergenerationellen Schaden verstehen, dessen Eintrittswahrscheinlichkeit durch das eigene aktuelle Verhalten beeinflusst werden kann (Frieden et al. 2011). Je nach Regimetypus und Auswahl bestimmter Governance-Modi ist eine erhebliche Varianz der Politikperformanz in Krisen- bzw. Risikopolitiken zwischen autokratischen und demo-

kratischen Regimen zu erwarten, denn je nach Regimetypus und Mix von Governance-Modi können bestimmte Autokratien, z. B. Einparteien-Regime unterschiedliche Herrschaftssicherungsmaßnahmen ergreifen.

Mögliche Promotionsthemen: Projekte könnten auf kleiner oder großer Fallzahl basierend die Krisenperformanz von autokratischen und demokratischen Regimesubtypen in Abhängigkeit von ihrem primären Governance-Modus untersuchen. Weitere Projekte könnten sich mit dem Themenkomplex der Produktion öffentlicher Güter unter Risikobedingungen und der Verwendung unterschiedlicher interner und externer Governance-Modi beschäftigen (demographischer Wandel, Gesundheit, Umweltschutz) beschäftigen.

e4. Methodische Zugänge

Ausgehend von dem skizzierten Forschungsprogramm werden sich die Kollegiaten in ihren Arbeiten an den nachfolgenden methodischen Leitlinien orientieren. Auf diese Weise soll eine feste Verbindung zwischen theoretischer Reflexion und empirischer Forschung gewährleistet werden:

- (1) Doppelter Vergleich von Demokratien und Autokratien innerhalb der beiden Obergruppen sowie zwischen Subtypen autoritärer und demokratischer Herrschaft.
- (2) Mehrebenenerklärungen: Die empirischen Studien zu Performanzprofilen und Governance-Modi in Demokratien und Autokratien im Rahmen des Kollegs orientieren sich einerseits an der institutionellen Schwerpunktsetzung der Heidelberger Komparatistik und der aktuellen Demokratie- und Autokratieforschung. Sie legt darüber hinaus einen besonderen Schwerpunkt auf die Identifikation und Plausibilisierung kausaler Mechanismen. Während die institutionellen Arrangements unterschiedlicher Regimetypen die Hintergrundbedingungen und Anreizstrukturen für das Handeln politischer Akteure darstellen und die Performanzprofile das „outcome“, liegt der Erklärungsschwerpunkt auf den Governance-Modi als kausale Mechanismen, die hinter den identifizierbaren Zusammenhängen von Regime und Regierungsleistung stehen.
- (3) In Anknüpfung an die Politische Theorie und die Politische Philosophie sind methodische sowie theoretische Zugriffe aus Nachbardisziplinen der Sozial-, Wirtschafts- und Geschichtswissenschaften vorgesehen.

Zur Beantwortung der Fragen soll nicht nur ein möglichst weites Spektrum an theoretischen Zugängen, sondern auch ein breiter methodischer „Instrumentenkasten“ herangezogen werden. Neben institutionellen, akteursbezogenen und kulturalistischen Theorien wird dabei unter anderem auf Ansätze der Policy-Analyse und Staatstätigkeitsforschung sowie der Transformationsforschung zurückgegriffen werden können. Methodisch reicht das Spektrum der möglichen Arbeiten von der qualitativ-vergleichenden Analyse einzelner Länderfälle bis hin zu makroquantitativen Analysen, die sich mit Messung des Autokratiegehalts, der Policy-Performanz und der Regimestabilität einer großen Anzahl an Staaten über längere Zeiträume hinweg befassen. Eine geographische Schwerpunktsetzung oder die Festlegung auf eine bestimmte Beobachtungsperiode soll nicht ex ante vorgenommen werden. Freilich korrespondiert die Schwerpunktsetzung auf die Analyse kausaler Mechanismen mit einer Präferenz für die systematische Kombination von makro-vergleichenden statistischen Verfahren und Fallstudien und die konfigurativer-vergleichende Methode, wie sie unter dem Begriff „Qualitative Comparative Analysis“ (QCA) von Charles Ragin und anderen in die Sozialwissenschaft eingebracht wurde und mittlerweile ein gut entwickeltes Instrumentarium für die formal angeleitete, systematische und standardisierte vergleichende Analyse einer mittleren Zahl von Fällen bietet (vgl. Rihoux/ Ragin 2009).

Intraregionale Synchron- oder Panel-Vergleiche mit kleinen Fallzahlen sind ebenso möglich wie systematische Vergleichsanalysen mit überregionaler Perspektive oder statistische Untersuchungen mit großer Fallzahl.

f. Begleitendes Studienprogramm

Das Studienprogramm des geplanten Kollegs orientiert sich an drei Kernaufgaben: Erstens, sollen die Kollegiatinnen und Kollegiaten fachlich und methodisch in gemeinsamen Veranstaltungen fortgebildet werden (Fortbildung). Zweitens, sollen die einzelnen Forschungsarbeiten durch regelmäßigen Austausch kritisch reflektiert und qualitativ angereichert werden (Qualitative Verbesserung). Drittens, sollen wissenschaftsrelevante Zusatzqualifikationen erworben werden (Berufsqualifikation).

Unser Qualifizierungskonzept orientiert sich in seiner Struktur an diesen drei Kernaufgaben. Im ersten Studienjahr steht die fachliche und methodische Fortbildung sowie die kritische Reflexion und qualitative Anreicherung der Promotionsprojekte im Vordergrund. Als Basisveranstaltung wird eine Ringvorlesung „Methodische Zugänge des Autokratie-Demokratie Vergleichs“ (2 SWS) angeboten, an der alle Kollegiaten verpflichtend teilnehmen müssen. Wenn darüber hinaus Bedarf nach inhaltlicher und methodologischer Weiterqualifizierung bestehen sollte, werden entsprechende Veranstaltungen in Abhängigkeit vom Promotionsprojekt zu identifizieren sein und einvernehmlich zwischen Doktorandin/Doktorand und den jeweiligen Betreuern in der Betreuungsvereinbarung (s. Punkt h) aufgenommen werden. Diese Veranstaltungen sind möglichst während des ersten Studienjahres zu absolvieren. Einen zentralen Platz im begleitenden Studienprogramm nimmt, zweitens, das zweistündige Kolloquium des Promotionskollegs ein. Hier treffen die Kollegiatinnen und Kollegiaten sowie die das Kolleg tragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammen, um die einzelnen Projekte eingehend zu diskutieren. Entsprechend ist jede geförderte Doktorandin und jeder geförderte Doktorand verpflichtet, mindestens einmal im Semester im Kolloquium vorzutragen und an jeder Sitzung des Kolloquiums teilzunehmen. Ebenso werden die Professorinnen und Professoren regelmäßig und verbindlich teilnehmen. In den ersten beiden Kollegsemestern dienen die Vorträge im Kolloquium der Fortbildung und eigenständigen Entwicklung eines Forschungsdesigns. Der Schwerpunkt der Kolloquiumsvorträge im zweiten Studienjahr liegt auf der Verbesserung und Anwendung des erarbeiteten Forschungsdesigns. Im dritten Studienjahr sollen dann zunehmend Ergebnisse in Form von ersten Aufsätzen oder Konferenzpapieren präsentiert werden.

Im Rahmen des Kolloquiums oder durch zusätzliche Workshops werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von nationalen und internationalen Universitäten mit einschlägiger Expertise eingebunden. Geplant ist, dass die Kollegiatinnen und Kollegiaten selbst die Einzuladenden entsprechend ihrer Forschungsinteressen bestimmen. So sollen nicht nur direkte Kontakte zu auswärtigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entstehen, sondern die Eingeladenen darüber hinaus die Möglichkeit erhalten, mit den Kollegiaten über ihre spezifischen Forschungsanliegen zu sprechen. Dadurch soll die Möglichkeit eröffnet werden, namhafte Gastwissenschaftler für ein bis zwei Wochen einzuladen (vgl. bspw. die Liste internationaler Kooperationspartner im Anhang). Doktoranden oder Kollegiaten anderer Universitäten sollen, bei besonderer Einschlägigkeit, im Rahmen eines (allerdings unbezahlten) Fellowships sogar für mehrere Monate nach Heidelberg kommen können, um so mit den Kollegiaten kleinere eigene Projekte umzusetzen.

Schließlich sollen die Kollegiatinnen und Kollegiaten weiterführende wissenschaftsrelevante Zusatzqualifikationen etwa hinsichtlich Präsentationstechniken, Publikationsstrategien, Projekt- und Zeitmanagement oder Hochschuldidaktik erwerben. Das Kolleg wird hierbei auf die zahlreichen Kurse der Graduiertenakademie der Universität Heidelberg zurückgreifen bzw. mit anderen Kollegs, bspw. dem LGF-Kolleg „Die Grenzen der Zivilgesellschaft“ eng kooperieren. Es wird angestrebt, dass die entsprechenden Zusatzqualifikationen in den ersten drei Studiensemestern erworben werden, um den Stipendiatinnen und Stipendiaten am Ende des Förderungszeitraums möglichst viel Zeit für die Forschung und die Fertigstellung ihrer Dissertation einzuräumen.

	Kernveranstaltung	Zusatzveranstaltung
1. Semester	Kollegkolloquium, mit Schwerpunkt „Forschungsdesign“ (2 SWS)	Ringvorlesung: „Methoden im Demokratie-Autokratie-Vergleich“ (2 SWS)
2. Semester	Kollegkolloquium, mit Schwerpunkt „Theoriebildung“ (2 SWS)	Labor: „Methoden in der Anwendung“ (2 SWS; extern); Zusatzqualifikationen
3. Semester	Kollegkolloquium, mit Schwerpunkt „Kausalachsen“ (2 SWS)	Ergänzende, interdisziplinäre Seminare: „Economics & Politics“ (2 SWS)
4. Semester	Kollegkolloquium, mit Schwerpunkt „Empirische Ergebnisse“ (2 SWS)	Zusätzliche Workshops (2SWS), eventuell Feldforschung
5. Semester	Kollegkolloquium, mit Schwerpunkt „Präsentation/Publikation“	Nationale/internationale Konferenzteilnahme
6. Semester	Kollegkolloquium, mit Schwerpunkt „Gesamtergebnisse/Synergien“	Abschlusskonferenz des Kollegs

g. Auswahlverfahren

Die Ausschreibung der sechs Promotionsstipendien erfolgt öffentlich und international (u.a. über die Fachvereinigung DVPW und den Stellennewsletter der ZEIT). Nach Eingang der Bewerbungen gestaltet sich der Auswahlprozess in einem zweistufigen Verfahren: Erstens, dienen die Studienleistungen, das Gutachten der Abschlussarbeit und die eingereichte Projektskizze (Umfang ca. 2.500 Wörter) als Grundlage für die Bewertung und Vorauswahl der Kandidatinnen und Kandidaten. Die endgültige Auswahl erfolgt, zweitens, nach einem etwa halbstündigen Auswahlgespräch. Die Auswahlkriterien sind dabei neben den zuvor genannten Kriterien vor allem die wissenschaftliche Qualität und Durchführbarkeit des Promotionsprojekts. Die das Promotionskolleg tragenden Wissenschaftler sowie die Gleichstellungsbeauftragte der Fakultät sind dabei vollumfänglich an beiden Stufen des Auswahlprozesses beteiligt und entscheiden letztgültig über die Vergabe des Promotionsstipendiums. Zur Förderung der regelmäßigen Teilnahme an den Veranstaltungen des Kollegs und des Austausches der Kollegiaten untereinander besteht eine Residenzpflicht.

h. Betreuungskonzept

Das Betreuungskonzept des geplanten Promotionskollegs zielt darauf, den Kollegiatinnen und Kollegiaten den erfolgreichen Abschluss ihres Projektes im vorgesehenen Zeitrahmen zu ermöglichen. Als erfolgreich gilt in diesem Zusammenhang insbesondere die Anfertigung von Arbeiten, die den Forschungsstand möglichst international sichtbar in Form von entsprechenden Publikationen und Konferenzteilnahmen voranbringen.

Die Betreuung der Kollegiatinnen und Kollegiaten soll im Regelfall gemeinsam durch Erst- und Zweitbetreuer oder wahlweise durch eine dreiköpfige Promotionskommission erfolgen. So sollen von Beginn an entsprechende Synergien genutzt werden. Im Zentrum des Betreuungskonzeptes steht eine Betreuungsvereinbarung, die zu Beginn eines jeden Promotionsprojektes in beiderseitigem Einvernehmen zwischen der Stipendiatin bzw. dem Stipendiaten und den Betreuern bzw. Betreuerinnen geschlossen wird. Die Betreuungsvereinbarung kann im Laufe der Promotionszeit im Einvernehmen zwischen Promovierendem/Promovierender und Betreuerinnen/Betreuern geändert werden.

In der Betreuungsvereinbarung wird festgelegt, in welchem Zeitraum welche Fortschritte im Rahmen des Forschungsvorhabens erzielt werden sollen und ggf. welche zusätzlichen Aktivitäten in einzelnen Semestern vorzusehen sind. Während in den ersten Semestern ggf. noch inhaltliche oder methodische Veranstaltungen zu besuchen sein können oder andere wissenschaftsrelevante Kompetenzen erworben werden können (z. B. hinsichtlich Publikationsstrategien, Präsentationstechniken oder Fremdsprachen), sollte die zweite Hälfte der Promotionszeit weitestgehend für Forschung zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang wird die Betreuungsvereinbarung in der Regel vorsehen, dass der nationalen und internationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit in der zweiten Hälfte des Projektes erste Ergebnisse durch den Doktoranden bzw. die Doktorandin vorgestellt werden, sei es durch Vorträge oder durch erste eigene Publikationen. Besonderheiten, etwa die Notwendigkeit von längeren Forschungsaufenthalten in den Untersuchungsländern, können zu einem Abweichen von der skizzierten Struktur führen und werden in der Betreuungsvereinbarung entsprechend berücksichtigt. Am Ende jedes Semesters legt die Doktorandin bzw. der Doktorand ihrer/seiner Betreuerin bzw. ihrem/seinem Betreuer einen Zwischenbericht („Milestone“) vor, der über den Fortgang der Arbeit am Promotionsprojekt berichtet. Die Themen der einzelnen Milestones werden in der Betreuungsvereinbarung festgelegt; sie sind so auszugestalten, dass möglichst kein zusätzlicher Aufwand für den Doktoranden/die Doktorandin entsteht. So können bspw. das Forschungsdesign und die Darstellung des Forschungsstandes Inhalt der Milestones der ersten Promotionsphase sein, während im weiteren Verlauf einzelne Kapitel der Dissertation oder Vorträge bzw. Publikationen vorgelegt werden können. Die Doktorandin bzw. der Doktorand erhält in angemessener Zeit eine ausführliche Rückmeldung durch den Betreuer/die Betreuerin.

Zudem verpflichtet die Betreuungsvereinbarung jede Stipendiatin bzw. jeden Stipendiaten, einmal im Semester den aktuellen Stand ihrer/seiner Forschung im Kolloquium des Promotionskollegs vorzutragen. Da der Besuch des Kolloquiums für alle Kollegiatinnen und Kollegiaten verpflichtend ist, wird auf diese Weise nicht nur sichergestellt, dass die einzelnen Projekte aufeinander bezogen bleiben, sondern es wird auch erreicht, dass die einzelnen Arbeiten von den Bemerkungen der anderen am Promotionskolleg beteiligten Professoren und Professorinnen, die ebenfalls regelmäßig am Kolloquium teilnehmen werden, profitieren können.

i. Umfeld

Das Institut für Politische Wissenschaft gehört seit seiner Gründung 1958 zu den forschungstärksten politikwissenschaftlichen Instituten in Deutschland; speziell sind hier die Schwerpunkte der ‚Vergleichenden Analyse politischer Systeme‘, der ‚Vergleichenden Demokratie- und Autokratieforschung‘ sowie der ‚Vergleichenden Staatstätigkeitsforschung‘ zu nennen, unter welchen das geplante Promo-

tionskolleg einzuordnen ist. Das IPW besitzt in diesen Bereichen laut einer fachinternen Umfrage der DVPW aus dem Jahre 2007 nicht nur als Kollektiv führenden Status in Deutschland, sondern auch einige der angesehensten Fachvertreter (beispielsweise Klaus von Beyme und Manfred G. Schmidt). Die kollektive Forschungsstärke des Instituts bietet den Kollegiaten daher ein attraktives Arbeitsumfeld. Dieses Forschungsumfeld wird durch zahlreiche inneruniversitäre Kooperationen des Instituts erweitert. Zu nennen sind hierbei u.a. das Marsilius-Kolleg, das LGF-Kolleg „Die Grenzen der Zivilgesellschaft“ (MWI), das Heidelberg Center for the Environment. Zusätzliche internationale Kontakte (vgl. Abschnitt I) verstärken darüber hinaus die Möglichkeiten zu forschungsstarkem internationalen Arbeiten der Kollegiaten.

Das Institut für Politische Wissenschaft bietet nicht nur inhaltlich ein attraktives Umfeld. Durch den gemeinsamen Umzug der Politischen Wissenschaft, der Ökonomie und der Soziologie in den neuen Campus Bergheim wurde nicht nur eine räumliche Nähe der „Nachbarfächer“ geschaffen; viele interdisziplinäre Forschungsk Kooperationen haben sich seither ergeben (vgl. Abschnitt e). Nicht zu missachten ist die neue Campus Bibliothek Bergheim, die den Kollegiaten Zugang zu umfangreicher fachwissenschaftlicher Literatur der drei Institute der Fakultät verschafft.

j. Struktur und langfristige Perspektive

Das geplante Promotionskolleg fügt sich damit in Bezug auf das Studien- und Betreuungskonzept und auch bezüglich seines strukturellen Umfeldes bestens in das inhaltliche Profil des Instituts für Politische Wissenschaft ein. Die jetzt schon mögliche Schwerpunktsetzung im Bereich der Komparatistik in den verschiedenen Studiengängen des Instituts (Bachelor, Master, Staatsexamen) wird durch die Einrichtung dieses Kollegs auch auf die Promotionsphase besonders geeigneter junger Nachwuchswissenschaftler erweitert, was mit einer weiteren Profilstärkung des Instituts einhergeht.

Das Institut für Politische Wissenschaft strebt zudem die Verstetigung und Expansion eines strukturierten Doktorandenprogramms an. Auf der Grundlage des vorliegenden Antrages wird deshalb ein zweiter (DFG-basierter) Graduiertenkollegantrag gestellt werden (vgl. Abschnitt e). Dessen Ziel wird es sein, das Doktorandenprogramm in zweierlei Hinsicht zu erweitern. Erstens sollen interdisziplinäre Fragestellungen aus bestehenden Kooperationen stärker einbezogen und betont werden. Zweitens soll dies die internationale Ausrichtung des Instituts weiter stärken und attraktiv für internationale Nachwuchswissenschaftler machen.

k. Koordination und Organisation

Die grundständige Verantwortung des Promotionskollegs liegt beim Institut für Politische Wissenschaft, im Speziellen beim Sprecher. Anfallende administrative Aufgaben können mit bestehenden personellen Kapazitäten abgedeckt werden. Angestrebt wird zur Koordination und Organisation die Einrichtung einer halben Mitarbeiterstelle (möglichst Post-Doc) aus Mitteln der Exzellenzinitiative II. Diese soll auch den Zweitantrag bei der DFG koordinieren. Falls diese Mittel nicht genehmigt werden, ist eine Alternativfinanzierung aus Institutsmitteln möglich.

Darüber hinaus sollen die Kollegiaten das Kolleg selbstverwaltet mitgestalten. Sie wählen dazu einen Sprecher aus ihrer Mitte, der für ihre eigene Koordination untereinander und die Vertretung der Interessen der Kollegiaten gegenüber dem Institut verantwortlich ist. Ferner sind die Kollegiaten angehal-

ten, die Kolloquien selbstständig zu organisieren und entscheiden in Selbstverwaltung über die Ausgestaltung der Veranstaltung und in welcher Art und Weise ihre Promotionsprojekte und die Betreuer der Arbeiten einbezogen werden. Eigeninitiative soll ausdrücklich gefördert werden. Selbstverständlich stehen den Kollegiaten dazu Ressourcen des Institutes, wie die Nutzung der e-Learning-Plattform, Räume für Besprechungen und Ähnliches zur Verfügung.

I. Internationale Ausrichtung

Das Institut für Politische Wissenschaft besitzt seit langem ein breit gefächertes Kooperationsnetzwerk mit internationalen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Hervorzuheben sind für das Kolleg Jennifer Gandhi, Jeffrey Haynes, James McGuire, Andreas Schedler, Jan Teorell und Ronald Wintrobe, die im Frühjahr 2012 auch an der von A. Croissant und S. Wurster organisierten Konferenz „Varieties of Autocracies“ in Heidelberg teilnahmen. Darüber hinaus fördert das Institut den Aufbau internationaler Kontakte seitens der Kollegiaten oder stellt diese her; und zwar nicht nur entlang der bislang bestehenden Forschungsk Kooperationen. Gerade die Möglichkeit, internationale Gastwissenschaftler zu Konferenzteilnahmen oder Fellowships nach Heidelberg einzuladen, soll die weiterführende internationale Kooperation erleichtern.

Die Kollegiaten haben weiterhin jederzeit die Möglichkeit, Teile ihrer Forschung an Universitäten und Forschungseinrichtungen im Ausland durchzuführen. Die Teilnahme an internationalen Konferenzen zur Vorstellung ihres Forschungsprojektes wird erwartet und durch die Möglichkeit der Reisekostenübernahme gefördert. Die Vorbereitung einer solchen Konferenzteilnahme erfolgt in den begleitenden Veranstaltungen. Ferner unterstützt das Institut die Kollegiaten bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen in international angesehenen Fachzeitschriften.

Durch die internationale Ausschreibung der Promotionsstipendien erhofft sich das Institut, auch ausländische Kollegiaten einzubinden, die gezielte Unterstützung seitens des Instituts bekommen (Vermittlung von Sprachkursen und Tandempartnern, Unterstützung bei der Organisation, etc). Nicht nur für diese Gruppe besteht die Möglichkeit, die Dissertation in englischer Sprache anzufertigen.

m. Maßnahmen zur Unterstützung von Doktorandinnen bei der weiteren wissenschaftlichen Laufbahn

Das Institut für Politische Wissenschaft bemüht sich aktiv und bewusst um die Erhöhung der Zahl der Wissenschaftlerinnen. In diesem Zusammenhang konnte die Juniorprofessur für ‚Internationale und Vergleichende Politische Ökonomie‘ mit einer herausragenden Nachwuchswissenschaftlerin besetzt werden. Darüber hinaus sieht der Struktur- und Entwicklungsplan der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften die Förderung weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses explizit vor. Bei der Auswahl der Kollegiaten soll speziell darauf geachtet werden, dass weibliche Nachwuchswissenschaftlerinnen gefördert werden.

n. Familienförderung

Das Institut für Politische Wissenschaft setzt sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und will daher jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine wissenschaftliche Karriere ermöglichen, ohne dass diese ihr Privatleben über Gebühr vernachlässigen. Die tragenden Hochschullehrer

nehmen daher besondere Rücksicht auf die familiären Lebensumstände der Kollegiaten und tragen dafür Sorge, durch ein ausreichendes Maß an Flexibilität, etwa durch Lockerung der Präsenzpflcht oder Anpassung der Veranstaltungszeiten an familiäre Bedürfnisse, die Vereinbarkeit von Familie und Karriere zu gewährleisten. Hierzu kann u.a. auch auf das exzellente und reichhaltige Angebot der Universität zurückgegriffen werden.

o. Planung des Einsatzes der Infrastrukturmittel (5000€ pro Jahr)

Die zur Verfügung gestellten Infrastrukturmittel sollen hauptsächlich für den Austausch mit (internationalen) Gastwissenschaftlern und das Projektmanagement innerhalb der Stipendiatengruppe verwendet werden. Zusätzlich stellt das Institut gegebenenfalls Mittel für eine 0,5-Koordinatorinnenstelle bereit, die auch zur Akquise der zweiten Förderphase eingesetzt werden soll (vgl. Abschnitt k). Die genaue Mittelaufteilung ist folgendermaßen geplant:

Jahr	Einsatzbereich	Art des Einsatzes	Kosten
1. Jahr	Kollegkolloquium	International renommierte/r Gastwissenschaftler/in	2000€ – Reisekosten 500€ – Übernachtungskosten 300€ – Tagungshaus
	Projektmanagement	Graduate Academy	1.500€ (inkl. Catering)
2. Jahr	Kollegkolloquium	International renommierte/r Gastwissenschaftler/in	2000€ – Reisekosten 500€ – Übernachtungskosten 300€ – Tagungshaus
	Projektmanagement	Graduate Academy	1.500€ (inkl. Catering)
3. Jahr	Kollegkolloquium	International renommierte/r Gastwissenschaftler/in	2000€ – Reisekosten 500€ – Übernachtungskosten 300€ – Tagungshaus
	Projektmanagement	Graduate Academy	1.500€ (inkl. Catering)
Gesamtausgaben:			11.400€

Die verbleibenden 3.600 Euro dienen der Projektunterstützung der Kollegiaten. Hierdurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine Kostenrückerstattung für etwaige projektgebundene Aufwendungen zu ermöglichen. Beispiele wären die Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen, die Beschaffung quantitativer und qualitativer Daten und die dazugehörige etwaige Reisekostenrückerstattung. Diese Kosten sind zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht in vollem Umfang planbar.

p. Unterschrift des Sprechers

Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Heidelberg, den 14. Mai 2012